

Deutschland.

Berlin, 9. Januar. Die Antwort des Justizministers Dr. Leonhardt auf die Angriffe des Abgeordneten Lasker gegen das preussische Justizwesen in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hat einen großen Eindruck gemacht. Der neue Justizminister hat bewiesen, daß er nicht nur die Fähigkeit besitzt, sein Departement dem Landtage gegenüber würdig zu repräsentieren, sondern auch die Mittel, die Kritik der Opposition in der geschicktesten und entschiedensten Weise zurückzuweisen. Die Abfertigung des Herrn Lasker durch den Justizminister wird von allen Seiten als gelungen und vollständig betrachtet. Die bekannte Art der Darstellung des Herrn Lasker hat nicht nur allein auf den Justizminister, sondern auch auf alle Unbefangenen „den Eindruck der Wahrheit und Unbefangenen nicht machen können.“ Nach der entschiedenen Vertheidigung des Richterstandes durch den Justizminister wird übrigens der Richterstand wissen, daß er die Vertretung seiner Interessen nicht bei den parlamentarischen Advokaten, sondern bei den höchsten Behörden selbst zu suchen hat. — Es muß anerkannt werden, daß die Artikel der „Provinzial-Korrespondenz“ über den Nothstand in Ostpreußen nicht bios eine willige Aufnahme in den meisten Blättern gefunden, sondern auch in den weitesten Kreisen einen guten Eindruck gemacht haben. Die Zahl der Blätter, die sich in dieser Angelegenheit unwürdig benehmen und selbst das Unglück für ihre demagogischen Zwecke auszunutzen suchen, ist glücklich Weise nur gering. Jetzt wird übrigens für die angeblichen Hungertypus-Fälle in Gumbinnen außer der Autorität von 4 Laien auch die Autorität eines Dr. Hoogeneg in den Blättern angeführt. Nach guten Berichten sind nun aber die 4 vom Typus Betroffenen aus verschiedenen Theilen der Provinz gekommen und gehören nicht einmal alle den dürftigsten Ständen an, ebensowenig ist eine Kaufverbindung zwischen deren Krankheit und dem Nothstand nachgewiesen. Wie dem aber auch sei, vom Hungertypus zu reden, wenn es sich nicht um eine Epidemie, sondern um 4 vereinzelte Typusfälle handelt, deren Zusammenhang mit dem Nothstand nicht nachzuweisen, ist nach der Ansicht dieser bewährten Aerzte Unfug. — Ueber die Besetzung einer Stelle eines Vicepräsidenten bei der Regierung in Kassel ist jetzt eine Entscheidung erfolgt, dieselbe wird durch einen in den neuen Provinzen bereits beschäftigten höhern Beamten besetzt werden. — Die „Volkszeitung“ fabelt von 1500 Ordensverleihungen, die das nächste Ordensfest bringen soll. Es liegt hier jedenfalls eine mit Unwissenheit gepaarte Verwechslung vor. Ein anderes Blatt hat nämlich von 1500 Einladungen zum Ordensfest geredet, die aber bekanntlich nicht identisch mit den Ordensverleihungen sind, da viele Eingeladene (Generalität, die höchsten Staatsbeamten u. s. w., die an allen Hoffestlichkeiten theilnehmen) keine Orden erhalten. — Der mit Belgien vereinbarte neue Postvertrag bezieht sich nicht auf den gesammten Postverkehr, sondern auf die Fahrpost. Die Ratifikation des Vertrags steht nahe bevor. — Der Kongress der norddeutschen Landwirthe wird ungefähr vom 15. bis 20. Februar hier tagen. Die oppositionelle Stellung, die das Comité anzunehmen die Absicht hatte, darf als aufgegeben bezeichnet werden, seitdem dasselbe eine andere Gestaltung angenommen hat. Bald nach Abschluß des Kongresses wird voraussichtlich das Landes-Oekonomie-Kollegium seine Thätigkeit beginnen.

Berlin, 10. Januar. Se. Majestät der König konstituirte Donnerstag Vormittag mit dem Finanzminister v. d. Heydt, nahm darauf die Vorträge der beiden Hofmarschälle Grafen Pückler und Verpoenche entgegen und arbeitete dann bis 2 Uhr mit dem stellvertretenden Kriegeminister General v. Poddieleski, dem General v. Storch und dem Chef des Militärkabinetts, v. Treckow. Nachmittags erhielt Se. Majestät der König dem Erzbischof Grafen Ledochowski Audienz, welcher in Begleitung des Domherrn Janiczewski aus Posen hier eingetroffen ist, und machte dann eine Ausfahrt. — Um 9 Uhr fand in R. Palais unter Tauberts Leitung eine Soirée musicale statt, in welcher Hl. Desirée Aitôt, die Herren Wachtel, Roworeki, Vrh und der Musikdirektor Walter aus München mitwirkten. — Mit Ausnahme J. R. Hoh. der Frau Kronprinzessin erschienen die sämtlichen Mitglieder der königlichen Familie und die hier anwesenden Fürstlichkeiten in der Soirée und außerdem waren geladen der Oberstämmerer Graf Redern nebst Gemahlin, die Minister v. Mülller, Graf Eulenburg und Graf Ipenplitz, der Ober-Ceremonienmeister Graf Stillfried, der Erzbischof Graf Ledochowski und sein Begleiter, der sächsische Kriegeminister v. Fabricie, die Militärbevollmächtigten aus England, Frankreich, Württemberg, Sachsen, Baden &c.

Auf die Nachricht vom Tode v. Dreys hat der König von Preußen unterm 11. v. M. folgendes Telegramm an den Kaiser von Oesterreich entsendet: „Mit wahrhafter Trauer ersehe ich aus Ihrem Telegramm die Bestätigung des Todes des Herrn v. Dreyse, dessen praktischer Erfindungsgeist indirekt zum Umschwung größter Verhältnisse beitrug. Wilhelm.“

Der Herr Erzbischof von Posen und Gnesen, Graf von Ledochowski, wurde gestern Nachmittag vom Herrn Minister-Präsidenten Grafen v. Bismarck empfangen.

Eine telegraphische Depesche bringt uns die betrübende Nachricht von dem gestern Abend 7 Uhr in Stolpenburg erfolgten Ableben des Staatsministers a. D. Arnim-Boitzenburg.

Nach einer Bekanntmachung des Kriegsministeriums sind am 20. Oktober v. J., dem Tage der Urwahlen für das Haus der Abgeordneten, Vormittags Kontroll-Versammlungen abgehalten und die beorderte Mannschaft hierdurch behindert worden, an dem Wahl-Akte Theil zu nehmen. Das Kriegsministerium hat sich demzufolge veranlaßt gesehen, darauf aufmerksam zu machen, daß solches und ähnliches in Zukunft zu vermeiden ist.

Gestern Abend stellte die Gemeinde-Kommission den Be-

richt über die Petition des Magistrats zu Posen, sowie mehrerer ähnlicher Petitionen fest, betreffend die Heranziehung der Bank-Kommanditen zur Kommunalsteuer. Die übrigen Petitionen, welche demnach noch zur Verabreichung kamen, waren von keinem allgemeinen Interesse.

Der Abg. v. Bonin (Wentzin) hat an die Regierung die Interpellation gerichtet, ob sie noch in dieser Session oder spätestens in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorlegen werde, betreffend die Regelung der Angelegenheit wegen der Natural-Leistungen für die Arme.

Die Nationalliberalen berieten in der gestrigen Fraktions-Sitzung den Etat des Ministeriums des Innern. Es werden Anträge auf Absetzung der Gehaltspositionen für die höheren Gensd'armee-Offiziere eingebracht werden, damit endlich die Regierung das Reorganisationsgesetz für die Gensd'armee vorlege. — Auch die Fraktionen der Konservativen und Freikonservativen berieten den Etat, letztere außerdem noch die Entwürfe in Betreff der Depositionen, des Provinzialfonds für Hannover u. s. w.

Die Nothstands-Kommission trat gestern Abend 6 Uhr unter dem Vorsitz des Abg. Nothe zu einer Sitzung zusammen. Als Regierungs-Kommissarien waren anwesend die Herren Ministerial-Direktor v. d. Rade, Geh. Ober-Finanzrath Meinecke und Geh. Oberbaurath Koch. Es kamen zunächst einige nachträglich eingegangene Petitionen zum Vortrage, welche durch die bisherigen Beratungen erledigt sind. Die Petition der Eisenbahn-Kommission zu Memel wegen des Baues einer Eisenbahn Tilsit-Memel mit fester Brücke über die Memel ruft eine längere Diskussion hervor. Abg. Dr. Schulz empfiehlt dieselbe dringend zur Berücksichtigung und stellt den Antrag: Die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung mit dem Ersuchen zu überweisen, die Eisenbahn Tilsit-Memel in Angriff zu nehmen, sobald es die Finanzverhältnisse des Staats irgend gestatten. Herr v. Unruh beantragt dagegen, daß mit Rücksicht auf die Kostspieligkeit und voraussichtlich geringe Rentabilität der Bahn das Abgeordnetenhaus die Initiative nicht ergreife, sondern die Petition der Staatsregierung nur zur Erwägung überwiesen werde. Nachdem noch die Herren v. Sauten-Tarpuischen, v. Salzwedel (Verdauen), v. Vinde (Olbendorf) u. A. die Petition ebenfalls befürwortet und namentlich der Letztere einen Antrag gestellt hatte, sofort mit dem Bau der Bahn vorzugehen, die Regierungs-Kommissarien sich ihrerseits nur für den Antrag Unruh ausgesprochen hatten, wurde die Diskussion geschlossen und der Antrag des Referenten, Abg. v. Hennig angenommen: „Die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.“ — Demnach wurde der Bericht über die 40-Millionen-Anleihe zu Eisenbahnzwecken festgestellt und beschlossen, hinsichtlich mehrerer der Kommission zugeschriebenen, aber mit der Vorlage nicht in unmittelbarem Zusammenhange stehenden Petitionen über neue Eisenbahnen in einer besonderen Sitzung zu verhandeln.

Berlin, 9. Januar. (Haus der Abgeordneten.) 25. Sitzung. Präsident v. Fockenberg eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Am Ministerium der Justizminister Dr. Leonhardt und mehrere Regierungs-Kommissare. Die Bänke des Hauses und die Tribünen sind bei der Eröffnung der Sitzung äußerst spärlich besetzt. Nach Bewilligung einiger Urlaubsgesuche wird in die Tagesordnung eingetreten und die Vorberatung des Justiz-Etats (allgemeine Besprechung) fortgesetzt. — Abg. Stein (Kassel) macht eine Anfrage in Betreff der erheblichen Einbuße, welche eine große Anzahl von Justizbeamten in Hessen erlitten habe. — Regierungs-Kommissar, Geh. Justizrath Sydow: Auf eine Immediate-Vorstellung der Aktuarien in Hessen an Se. Maj. den König habe Allerhöchsterseits Bericht erfordert. Die Sache werde zum Gegenstande der sorgfältigsten Prüfung gemacht werden; es sei in diesen Tagen der eingehende Bericht der betreffenden Provinzialbehörde erforderlich worden. In welchem Umfang eine Entschädigung werde eintreten können, darüber könne er noch nichts sagen; die Sache werde aber der wohlwollendsten Berücksichtigung unterzogen werden. Auf die gestern ausgesprochenen Wünsche in Beziehung auf die Aufbesserung der Gehälter der Richter erwidere er, daß man mit Vorsicht die Pläne erwägen müsse, auf Grund deren die Erfüllung der Wünsche möglich sein würde. Als solche Pläne seien bezeichnet eine Aenderung der Organisation der Gerichte überhaupt und eine Verminderung der Zahl der Beamten. Was die neuen Landestheile anlangt, so ging die Ansicht der Regierung dahin, daß das Privatrecht so wenig als möglich berührt werden dürfe; das allgemeine Wechselrecht und Handelsrecht sei eingeführt. Anders aber stehe es mit dem Gebiete des öffentlichen Rechts. Unbestrittenes Erforderniß der Einheit des Staats sei es, das die Beamten des Staats nach demselben Gesetze beurtheilt würden und deshalb mußte mit der Einführung der Disziplinar-Gesetze vorgegangen werden, wodurch übrigens den Beamten auch zugleich ein höherer Rechtsschutz gewährt wurde. Auf dem Gebiete des materiellen Strafrechts fand die Regierung in den neuen Landestheilen nicht weniger als sechs verschiedene Strafrechtssysteme vor, sogar die peinliche Halsordnung Kaiser Karls V. Es mußte deshalb gleicher Boden für die Strafrechtspflege hergestellt werden. Er wolle nicht auf diejenigen Bedenken und Vorwürfe eingehen, welche gestern gegen unsere Strafprozess-Ordnung im Allgemeinen erhoben worden seien. Es kam darauf an, in den neuen Landestheilen eine Uebereinstimmung mit den alten Landestheilen herbeizuführen; eine mögliche Verbesserung konnte daher noch nicht vorgenommen werden. Wenn unsere Kriminal-Justiz eine „Verfolgungs-Anstalt“ genannt worden ist, so kann er dies in dem Sinne nicht anerkennen, daß darin das Streben gefunden werde, die Leute à tout prix zu verurtheilen. Die Strafjustiz habe die Aufgabe, zu verfolgen, was strafbar sei, aber nur in dem Sinne, daß sie die Wahrheit ermitteln solle. (Bravo.) Die Einsetzung eines obersten Gerichtshofes hier in Berlin sei im Interesse der Einheit der Rechtsprechung geboten gewesen. — Abg. Lesse: Die Unabhängigkeit des Richterstandes liege im Interesse der Krone und des Volkes; sie sei die Grundlage einer unparteiischen Rechtsprechung. Ueber die Freigebung der Advokatur habe sich die öffentliche Meinung eben so wie die Sachverständigen bereits entschieden. Die Disziplinar-Gesetzgebung anlangend, so sei es doch nicht zu viel, wenn man verlange, daß der Richter, welcher der Wächter des Gesetzes sein solle, auch wirklich unter dem Gesetze stehe. Das sei die Idee gewesen, welche der verstorbene Heinrich Simon in seiner Schrift vom Jahre 1844 über das Disziplinar-Gesetz ausgesprochen habe. Die Disziplinar-Gesetze seien in den neuen Provinzen eingeführt; man müsse also dahin streben, dieselben zu verbessern. Die Frage wegen der Organisation des höchsten Gerichtshofes werde erst im nächsten Jahre, bei Gelegenheit der Vereinigung der höchsten Gerichtshöfe, zur Sprache kommen können, und manche Organisations-Veränderungen würden erst möglich sein nach Einführung der neuen Prozessordnung. Der Herr Justizminister möge überzeugt sein, daß wir (auf dieser Seite) ihn bei jeder beabsichtigten Verbesserung unterstützen wer-

den; er möge aber auch zu uns das Vertrauen haben, daß wir nur solche Klagen zur Sprache bringen, welche aus langjähriger Beobachtung der praktischen Verhältnisse entsprungen sind. — Abg. Frhr. v. Vinde (Olbendorf) spricht hierauf namentlich über die Kosten der Justizpflege im Allgemeinen. — Abg. Lasker: Er müsse seine geistige Auseinandersetzung aufrecht erhalten und wende sich heute nur zu den Auslassungen des Regierungskommissars, der ihn keineswegs widerlegt habe. Allerdings sei auf allen Gebieten des öffentlichen Rechts eine Einheit herzustellen, aber es dürfe nicht das erste Beste herausgegriffen werden, sondern es müsse eine Prüfung eintreten und man müsse auf dem gewöhnlichen geordneten Wege damit vorgehen. Es sei ihm auch nicht eingefallen, Alles zu tadeln. . . In der Verordnung vom 16. September 1867 seien alle bestehenden Zustände in den neuen Provinzen radikal abgeschnitten; diese Verordnung sei ein Beweis der Gesetzgebungskunst, wie dieselbe im Justizministerium gehandhabt worden. Der Regierungskommissar habe sich dadurch mit sich selbst in Widerspruch gesetzt, daß er behauptete, die Einheit des Rechts sei nothwendig zur Vollendung des Einheitsstaates, während auf der anderen Seite einzelne Institutionen bestehen gelassen seien, ohne daß der Einheitsstaat darunter gelitten. Eine Einheit sei allerdings zu erstreben, aber nicht durch Improvisationen, sondern unter reiflicher Erwägung der Landesvertretung. Durch die Einführung des neuen Ober-Appellationsgerichtshofes sei die Staatskasse nicht nur erheblich belastet, sondern auch die Justizpflege erheblich beeinträchtigt. Er wolle mit einigen Worten auf die gestrigen Bemerkungen des Justizministers eingehen; er wolle aber nicht in demselben Tone antworten, denn es sei keine Absicht nicht, die Stellung des Justizministers zu erschweren (Rufe: Oh, oh; ja, ja!), weil er trotz seiner gestrigen Rede dennoch glaube, daß die Verbesserungen sich von seinem Amtsantritt datiren werden. Die Ausdrücke desselben seien für eine ruhige Debatte nicht geeignet, dieselben seien nicht am Platze. Gegenüber dem allgemeinen Vorwurf der Befangenheit und daß er nicht wahr gesprochen, tröste ihn der Umstand, daß der Justizminister selbst zugestanden habe, daß ihm die Verhältnisse wenig bekannt seien. Der Vorwurf könne also für ihn nicht belastend sein, da er nur aus der individuellen Anschauung des Justizministers hervorgegangen. — Justizminister Dr. Leonhardt: Meine gestrigen Bemerkungen muß ich vollkommen auch heute aufrecht erhalten. (Bravo rechts.) Herr Lasker hat behauptet, es existire hier im Lande ein allgemeines Mißtrauen gegen den Richterstand. Dies würde eine öffentliche Kalamität sein, die sich öffentlich zeigen würde. Wenn eine solche Behauptung in diesem Saale gemacht wird, so muß sie auch motivirt werden, und der Hr. Abgeordnete hat seine Behauptung auf nichts Anderes gestützt, als darauf, daß die Gesetze des Landes im Laufe der Zeit reformbedürftig geworden wären. Dies kann man anerkennen; daraus folgt aber nicht, daß das Land dem Richterstande mit Mißtrauen entgegenkomme müsse. Wenn der Abgeordnete sich damit tröstet, daß ich die Verhältnisse nicht kenne, so möge er dies thun; mich berührt dies nicht. Wenn der Abgeordnete behauptet, daß die Einführung des neuen Oberappellationsgerichts die Justizpflege beeinträchtigt, so ist nicht zu ersehen, worauf diese Behauptung sich eigentlich stützt. (Bravo.)

Abg. Windthorst (Meppen): Durch Kritiken verbessere man nicht; man müsse praktische Vorschläge machen über das, was man an die Stelle des Alten setzen wolle. (Beifall.) Der Redner geht nun auf die Ausführung des Regierungskommissars näher ein und spricht dem früheren Justizminister Grafen zur Lippe seinen Dank dafür aus, daß er die berechtigten Eigenthümlichkeiten Hannovers geschätzt habe. Abg. Frhr. v. Vinde habe gerechnet, was die Hannoveraner kosten. Wenn er so von allen Seiten Rednungen erhalte, so überkomme ihm das Gefühl, nicht, als ob er einem großen Staate angehöre, sondern als ob er in einem Grand Hotel wohne. (Heiterkeit.) Zu einer guten und richtigen Organisation müsse das Staatsministerium im Ganzen den Plan machen, nicht der einzelne Minister. Sie haben es übernommen, uns zu regieren — nun wohl, aber das können Sie nicht ohne einen festen Plan. Man kann einen Staat nicht ausblicken, sondern man muß ihn von der Basis aus renoviren. Der Redner spricht schließlich den Wunsch aus, daß durch die Veröffentlichung des Entwurfes der neuen Prozess-Ordnung der Wissenschaft Gelegenheit gegeben werde, sich darüber zu äußern.

Ein Antrag auf Schluß der allgemeinen Besprechung wird gestellt, aber abgelehnt. — Abg. Hellwig spricht über die Zustände in Hessen, Abg. Dr. Colberg (Halle) drückt dem Justizminister seinen Dank für die Wiederlegung Laskers aus. — Die allgemeine Diskussion wird hierauf erst geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen. — Abg. Lasker erklärt dem Justizminister gegenüber, daß derselbe mehreren Ausdrücken von ihm eine ganz andere Auffassung gegeben habe, als er beabsichtigt, und berichtigt dieselben. — Es folgt die Spezialdiskussion. — Zu Tit. 1 der Einnahmen giebt Abg. Rohden, der Spezial-Kommissar des Hauses ist, Mittheilungen über die in den neuen Provinzen obwaltenden Verhältnisse und beklagt, daß es sehr schwierig gewesen sei, die Einnahmen auch nur annähernd festzustellen; im Allgemeinen könne man mit den Aufstellungen des Etats Tit. 1—5 zufrieden sein. — Abg. Dr. Bähr (Kassel) lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses nochmals auf die enorme Erhöhung der Gerichtskosten, die in Hessen durch Aufhebung der dort bestehenden und Einführung der bisher in Preußen geltenden Bestimmungen erfolgt ist. Diese Vertheuerung sei um so mehr zu beklagen, als auch bedeutende Steuererhöhungen in der Provinz Hessen eingeführt worden wären. Er bittet den Justizminister, hierauf seine Aufmerksamkeit zu lenken. — Regierungs-Kommissar Sydow: Die Justizverwaltung ist jedenfalls bereit, begründeten Beschwerden abzugeben, so weit wie irgend möglich. — Tit. 1 wird angenommen. — Zu Tit. 2 (Einnahmen, welche als Emolumente der Beamten zur Verwendung kommen) beantragt 1) Abg. Rohden: das Haus wolle die Erwartung aussprechen, daß die Verpflichtung der Justizbeamten zur Entrichtung der Examinationsgebühren denjenigen der höhern Verwaltungsbeamten auch darin gleichgestellt werde, daß nur jeder Kandidat, der die Prüfung besteht, zahlungspflichtig ist; 2) Abg. Lasker: die Regierung aufzufordern, die Prüfungsgebühren für die Befähigungen zu den Ämtern der Justizverwaltung in Wegfall zu bringen, und so weit möglich, dafür Sorge zu tragen, daß die Examinatoren anderweitig aus Staatsmitteln entschädigt werden. — Der Antrag Lasker wird abgelehnt; dagegen die ganze Rechte und das Centrum, auch Einzelne von der Linken, u. A. Waldeck. Der Antrag Rohden wird angenommen; darauf Tit. 2 genehmigt; eben so die übrigen Einnahmetitel.

Es folgen die Ausgaben.

Zu Tit. 5 (Obertribunal) liegen folgende Anträge vor:
1) von Rohden und Bahlmann: „Das Haus wolle beschließen, gemäß seiner Beschlüsse bei der Vorberatung des Etats des Finanzministeriums die zum Vorschlage gebrachten Ausgaben festzusetzen. Nr. 1 dem ersten Präsidenten 6000 \mathcal{M} . Nr. 2 fünf Vicepräsidenten jeder mit 3 000 \mathcal{M} . fortwährender Besoldung 17,500 \mathcal{M} . Kolonne fünfzig wegfällig 2000 \mathcal{M} . Nr. 4 dem General-Staatsanwalt 3500 \mathcal{M} . und damit die Etatsätze pro 1867 wieder herzustellen.“

2) vom Abg. Lasker: „Tit. 5 Nr. 4: die für eine Ober-Staats-anwaltsstelle wegen der Geschäftsvermehrung, welche aus dem Bezirk des neuen Oberappellationsgerichts hinzutreten ist, ausgesetzte Summe von 2600 \mathcal{M} . zu streichen.“

Die Abstimmung über die im Etat verlaugten 7800 \mathcal{M} . durch Aufstellen, welche nach längerer Debatte erfolgt, bleibt zweifelhaft, die Zahlung ergiebt, daß die Position mit 151 gegen 145 Stimmen abgelehnt ist. (Dafür stimmen die Rechte, die Freikonservativen, die Liberalen und das Centrum, dagegen die ganze linke Seite des Hauses.) Darauf wird die Forderung der Regierung noch einmal in namentlicher Abstimmung mit 154 gegen 148 Stimmen abgelehnt; der Antrag Lasker also angenommen,

und die Position 5 mit dieser Modifikation genehmigt. Die übrigen Positionen des Tit. 5 werden ohne Debatte genehmigt.
Die Sitzung wird darauf vertagt. — Nächste Sitzung morgen, Freitag, 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Vorberatung des Budgets (Justizministerium und Ministerium des Innern.)

Dresden, 7. Januar. Durch eine Reihe von Zeitungen lief kürzlich die Notiz, daß der König Johann im Januar d. J. abzudanken gedenke. Woher dieses Gerücht, welches die offiziellen Blätter nicht einmal dementirt haben, eigentlich stammt, ist schwer zu errathen; daß das Schweigen des „Dresdener Journals“ dazu aber keine Bestätigung ist, braucht kaum gesagt zu werden. — Der wachsende Nothstand in unserem Erzgebirge macht sich allseitig fühlbar, und erfüllt Regierung wie Bevölkerung mit großer Sorge. Das Ministerium hat an alle Gerichtsämter die Weisung ergehen lassen, vierzehntägig regelmäßige und ausführliche Berichte über die materielle Lage der betreffenden Bezirke abzustatten. Man scheint demnach mit der unzulänglichen Hilfe, die der Staat in solchen Fällen gewähren kann, und die unter den gegenwärtigen Verhältnissen sicher keine nachhaltige sein wird, wenigstens rechtzeitig und augenblicklich eingreifen zu wollen. Der Winter entfaltet zu alledem eine ungewöhnliche Strenge und Härte — in dem unglücklichen Johann-Georgenstadt, wo ein großer Theil der Einwohner in Scheunen und Blochhäusern kampirt, wird er wohl am schwersten empfunden. Einigermassen tröstlich ist es, daß wenigstens die Weihnachtszeit die Herzen geöffnet hat, und nicht nur die Gaben für den Det überhaupte wieder reichlicher fließen, sondern auch so viel an speziellen Weihnachtsgeschenken zusammen gekommen ist, um eine große Christbescherung für die Hunderte der Bedürftigen veranstalten zu können, welche in den nächsten Tagen stattfinden wird.

München, 9. Januar. In dem anlässlich der bevorstehenden Wahlen zum Zollparlamente Seitens des Centrums der Abgeordneten-Kammer veröffentlichten Programme werden die aufrichtige Durchführung des mit Preußen abgeschlossenen Schutz- und Erzeugbündnisses und eine den Bestimmungen des letzteren entsprechende Umgestaltung der bayerischen Verfassung als selbstverständliche Pflichten anerkannt. Der Eintritt Baierns in den norddeutschen Bund, heißt es weiter in dem Programme, wie letzterer gegenwärtig gestaltet, sei weder für nothwendig noch für wünschenswerth zu erachten. Die durch den Zollvereinsvertrag begründete Einheit müsse zwar in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht als Grundlage der weiteren nationalen Entwicklung angenommen werden, es könne dagegen nicht als zweckmäßig erachtet werden, schon jetzt im Zollparlamente auf eine wesentliche Umgestaltung des Zollvereins hinzuwirken. Die „Süddeutsche Presse“ bemerkt zu dem Programme, daß die große Mehrheit des bayerischen Volkes gewiß mit demselben einverstanden sein werde.

Russland.

Wien, 9. Januar. Die Bankdirektion wird der General-Versammlung der Bankaktionäre folgende Anträge empfehlen: 1) die Fortsetzung der Entschädigungsverhandlungen wegen der Verletzung des Notenprivilegiums; 2) die Einleitung von Verhandlungen mit der Regierung, Behufs Abänderung der Bankakte und der Bank-Statuten.

Ein Telegramm des „Tageblatt“ meldet, daß in Kandia ein bedeutendes Gefecht stattgefunden habe, bei welchem die Türken eine Niederlage erlitten hätten. — Der von Seiten eines russischen Dampfers bei Kandia erfolgte Bloßabdruck hat die türkische Regierung veranlaßt, den Fall den vereinigten Mächten zur Anzeige zu bringen und die Abberufung des russischen Admirals zu fordern.

Ugram, 9. Januar. Der Landtag wurde heute durch Verlesung eines königlichen Reskripts eröffnet, in welchem derselbe aufgefordert wird, die im Jahre 1866 wegen der Kriegereignisse unterbrochene Verhandlung mit dem ungarischen Landtage durch beiderseitige Deputationen wieder aufzunehmen.

Brüssel, 9. Januar. Die Central-Sektion der Deputirten-Kammer hat in Folge des modifizirten Militär-Gesetzentwurfs das Budget des Kriegsministeriums um 1,037,000 Frks. verringert.

Paris, 9. Januar. Die „Patrie“ meldet, daß der preussische Botschafter Graf v. D. Goltz heute Morgen eine Konferenz mit dem Marquis de Moustier gehabt hat.

— Gesetzgebender Körper. Diskussion über das Armeegesetz. Nachdem mehrere Artikel des Gesetzes genehmigt waren, wurde das Amendement Lambrecht über die Modalitäten, unter welchen die Befreiung vom Dienste zulässig sei, von der Kammer angenommen, obwohl sich der Kriegsminister und der Referent Gressler dagegen erklärten. — Picard unterzog die von der Regierung angeordnete Verfolgung mehrerer Journale wegen ihrer Berichte über die Diskussion des Armeegesetzes einer scharfen Kritik und hob hervor, daß das Recht der Diskussion hierdurch beeinträchtigt sei. Staatsminister Rouher wies in seiner Erwiderung darauf hin, daß die Journale trotz aller Verwarungen hinsichtlich des Art. 42 der Verfassung verlegen; übrigens bestritt die Regierung keineswegs das Recht, die Debatten und Beschlüsse der Kammern zu diskutieren, doch sei es unterjagt, neben dem amtlichen Bericht über die Sitzungen noch einen andern zu veröffentlichen. In dem vorliegenden Falle sei die Entscheidung der Behörde abzuwarten. — Thiers fordert, daß den Journalen das Recht gegeben werde, sich in vollständiger Weise über die Kammerverhandlungen auszusprechen. Es handle sich bei dieser Frage auch um die Freiheit und Würde des gesetzgebenden Körpers. Staatsminister Rouher erwiderte hierauf, daß die Verfassung nur zwei offizielle Berichte über die Sitzung für zulässig erkläre, einen dritten aber nicht gestatte. Man müsse es der richterlichen Behörde überlassen, zu entscheiden, ob es sich in der vorliegenden Frage um eine Diskussion der Sitzung, oder um einen Bericht über dieselbe handle. Der Staatsminister wies schließlich auf eine entsprechende Interpellation hin, welche im Senat im Jahre 1861 stattgefunden habe, und erklärte, daß die Regierung keineswegs daran denke, das Recht der Diskussion zu beeinträchtigen. Nach Beendigung dieses Zwischenfalles brachte der Abgeordnete Bethmont eine Interpellation ein, betreffend die Erschwerungen, denen neuerdings die Journale wegen Veröffentlichung von Sitzungsberichten ausgesetzt seien.

Florenz, 9. Januar. Aus Messina wird gemeldet, daß daselbst wegen Mangels an Kupfergeld Unruhen ausgebrochen sind, welche indessen keinen ernsten Charakter hatten und sofort wieder unterdrückt wurden.

Florenz, 9. Januar. Die „Italienische Correspondenz“ erklärt die Aeußerungen Pariser Blätter, denen zufolge der Lord

Clarendon die Mission habe, eine Vermittelung zwischen dem Kaiser Napoleon und dem König Victor Emanuel anzubahnen, für durchaus ungenau. — Demselben Blatte zufolge hat die französische Regierung dem italienischen Kabinete die von letzterem geforderten Erklärungen über die vom Staatsminister Rouher in der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 5. Dezember gebrachten Aeußerungen zugehen lassen; dieselben sollen vollkommen zufriedenstellender Art sein. — Der Ingenieur Grattoni begibt sich heute nach Paris, um wegen mehrerer Zusatzbestimmungen zu der Konvention vom Jahre 1862 betreffend den Durchschiff des Mont Cenis zu unterhandeln; die wesentlichsten Punkte des neuen Vertrages sind zwischen beiden Regierungen bereits festgestellt. — Die badische Regierung hat in Gemäßheit des Artikels 13 des zwischen Italien und dem norddeutschen Bunde abgeschlossenen Schiffsahrtsvertrages der italienischen Regierung ihre Absicht kundgegeben, diesem Vertrage beizutreten. Die italienische Regierung hat eine entgegenkommende Antwort ertheilt.

Kopenhagen, 5. Januar. Mit großem Bedauern erfährt man, daß der Gesundheitszustand der Großfürstin Marie Feodorowna (Dagmar) in keiner Weise befriedigend und daß dadurch die Hoffnung auf die Geburt eines künftigen Thronerben sehr geschwächt ist. Die Großfürstin leidet noch immer an den Folgen ihres Unwohlseins während ihres leipziger Aufenthaltes in Kopenhagen (Naussea couche).

Newyork, 9. Januar. Die Ohio-Indiana und West-Virginia-demokratischen Staaten-Konventionen haben Resolutionen angenommen, welche sich für die Ernennung Pendleton's zum Präsidenten und für die Auslösung der in Umlauf befindlichen fünf-zwanziger Bonds aussprechen.

Pommern.

Stettin, 10. Januar. In der gestern Abend in der Börse stattgehabten ersten Sitzung des hier zusammengetretenen „Hülfs-Comité's für Ostpreußen“ wurde zunächst ein „geschäftsführender Ausschuss“, bestehend aus den Herren: Kaufmann Keil als Vorsitzenden, Buchhändler Th. v. d. Nahmer als Stellvertreter, Kaufmann W. Meiser als Schatzmeister, Kammerer Hoffmann als Schriftführer, Reg.-Rath Zitelmann, Kaufmann Otto Kühnemann, Stadtbaurath Hobrecht, Kaufmann Schreiber, Kommerzienrath Quistorp, Kaufmann Alexander Schulz, Kaufmann Emil Aron und Redakteur Wiemann gewählt und derselbe ermächtigt, die eingehenden Gaben nach bestem Ermessen zu vertheilen und die Geschäfte zu leiten. Die Versammlung war einstimmig der Ansicht, daß die beim Comité eingebrachten Gelder sofort zur Verwendung kommen sollen und daß dieselben nicht in Central-Kassen angesammelt werden dürfen. — Nach Beendigung der Sitzung des Gesamt-Comité's trat der geschäftsführende Ausschuss zu einer besonderen Beratung zusammen und beschloß, gestützt auf örtliche Gutachten, nachstehende Summen sojaldt direkt zur Vertheilung zu bringen: 1) für den Darlehmer Kreis 300 Tblr., 2) für den Gumbinner Kreis 300 Tblr., 3) für den Jasterburger 400 Tblr., 4) für den Heydekruger 300 Tblr., 5) für den Stallupöner 300 Tblr., 6) für den Tilsiter 300 Tblr., 7) für den Pilsallener 300 Tblr., 8) für den Ragner 300 Tblr., im Ganzen 2500 Tblr.

— Die bei einzelnen Dragonerregimentern der Armee als Probeversuch angelegte veränderte Bein- und Fußbekleidung, bestehend aus graublau melirten enganliegenden Hosen ohne Lederbesatz und langschäftigen Stiefeln mit einer Vorstele soll nunmehr definitiv für alle Truppentheile dieser Spezialwaffe als etatsmäßige Tracht eingeführt werden.

— Die bisher geltenden Instruktionen für die praktische und theoretische Ausbildung der einjährigen Freiwilligen sollen einer Umarbeitung unterworfen werden.

— Mittelst Allerhöchster Kabinetts-Ordre vom 5. Dezember 1867 haben Sr. Maj. der König zur Ausführung des § 6 des Bundesgesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 9. November desselben Jahres bestimmt, daß in derjenigen preussischen Gebietstheile, in welchen bisher die Militärpflicht mit dem vollendeten 21. Lebensjahre begann, sowie in Lauenburg, im Jahre 1868 alle in der Zeit vom 1. Januar 1847 bis 30. Juni 1848 geborenen Wehrpflichtigen nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen zum Militärdienste heranzuziehen sind, und daß vom Jahre 1869 ab im ganzen Gebiete des preussischen Staates und in Lauenburg die Verpflichtung zum Dienste im lebenden Heere, beziehungsweise in der Flotte, mit dem 1. Januar desjenigen Kalenderjahres beginnen soll, in welchem der Wehrpflichtige das zwanzigste Lebensjahr vollendet. Der Kriegs- und Marine-Minister und der Minister des Innern haben dieser Allerhöchsten Ordre folgende Ausführungsbestimmungen angehängt: Die in der Zeit vom 1. Januar 1847 bis zum 30. Juni 1848, sowie vom 1. Juli 1848 bis zum 31. Dezember 1849 geborenen Militärpflichtigen der betreffenden Gebietstheile sind bei der Aushebung als je ein Jahrgang zu betrachten und zu behandeln, und zwar bilden dieselben in den Jahren 1868, bezüglich 1869 den laufenden Jahrgang. In analoger Weise sind die Termine für die Nachsuchung der Verrechnung zum einjährig-freiwilligen Dienste u. rückichtlich der aus den betreffenden Gebietstheilen gebürtigen Militärpflichtigen zu modifiziren.

— Zu der heutigen, zum Besten der Nothleidenden in der Provinz Preußen stattfindenden Opernvorstellung, waren bereits im Laufe des Vormittags fast sämtliche Billette verkauft.

— Die Portionenzahl des in den Suppenanstalten verkauften Essens steigt sich jetzt täglich. Gestern sind verkauft: auf der Lastraße 250, Tornay 102, Grünhof 180 Quart.

— Unseren Dieben scheint sich zur Zeit eine besondere Lusternheit nach Fetzheringen bemächtigt zu haben, denn von vorgestern bis gestern wurden von den Höfen der Häuser Lindenstraße 24 und Königsstraße 10 wiederum zwei, resp. „S. C. Mertens u. Co., Bergen“ und „S. G.“ schwarz signirte Tonnen Heringe gestohlen. — Von einem verschlossenen Hausboden ist vorgestern mittelst Losbrechens des Vorhängeschlosses eine Partie Wäsche entwendet worden.

Grimmen, 9. Januar. Vorgestern Abend brannte das Wohnhaus des Domänenpächters Zarnke in Prügmannshagen ab; die Entstehungursache des Feuers ist noch nicht ermittelt.

Anclam, 9. Januar. In der heutigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten fand die Einführung der neu- resp. wieder-gewählten Mitglieder statt. Demnach erfolgte die Wahl des Bureau's. Es waren sämtliche Mitglieder des Bureau's neu einzu-

führen, daher Herr Kaufmann Ebardi als ältestes Mitglied den Vorsitz übernommen hatte. Es wurden gewählt: Hr. Kfm. Wendorf zum Vorsitzenden, Hr. Dr. Schmidt zum Stellvertreter, Hr. Kfm. Keller zum Schriftführer, Hr. Kfm. Schönfeld zum Stellvertreter des Schriftführers.

Vermischtes.

— (Internationale Arbeiter-Ausstellung in London.) Das Projekt einer internationalen Arbeiter-Ausstellung geht mit schnellen Schritten seiner Verwirklichung entgegen. Die in verschiedenen Distrikten unserer Hauptstadt bestehenden Local-comités haben sich mit den Arbeitergesellschaften in Paris, Berlin und anderen großen Städten des Auslandes in Verbindung gesetzt und legen die Absicht, Mr. Gladstone um Uebernahme der Präsidentschaft zu ersuchen. Wenn derselbe zusagt, so soll alsdann ein Ehrenrath, zum Theil aus Arbeitern, zum Theil aus Leuten von Einfluß und praktischer Erfahrung gewählt werden, um das Unternehmen zu leiten. Die Kosten werden voraussichtlich nicht bedeutend ausfallen, da jedenfalls die verschiedenen Dienstleistungen größtentheils gratis geboten werden. Sollte in Folge dessen die Ausstellung erfolgreich verlaufen und ein Ansehnliches als Ueber-schuss abwerfen, so gedenken die jetzigen Träger der Idee ein Gebäude zu errichten, das als Museum für Erfinder dienen und so den Arbeitern für ihre Erzeugnisse einigermassen mehr Schutz gewähren würde, als dieselben unter den bestehenden Parlements-gesetzen genießen. Letztere in einigen Punkten zu modifiziren, wird das Ausstellungscomitée übrigens in der nächsten Session a. das Parlament ein Gesuch um Revision richten.

— Einem Pecher Hausbesitzer wurde ein vollständig ausgebautes Haus gestohlen. Wie dies zugegangen, erklärt sich folgendermaßen. Herr G. erstand in der Viktation ein Haus, die Eigentümerin schuldete dem Zimmermann den Dachstuhl, dem Baumeister das sonstige Material. Die beiden Herren trugen eines Tages ihr Eigenthum wieder ab, führten es fort, und als Herr G. sein neu erworbenes Gut besuchte, fand er nichts davon als den leeren Grund, worauf es gestanden.

Aus Meidinger. Anfangs Dezember vorigen Jahres kam in eine Kirche des Unter-Sinntales ein Bauer, der ein Kind zur Taufe brachte. Auf die Frage des Geistlichen, wie es heißen solle, sagte der „Gott“, sich hinter den Ohren kratzend: „Jez war ich schon wieder recht dumm thien, han in Namen vergoffen.“ Nach längerem Bestehen fiel ihm endlich der Name Nicolaus ein. Nachdem das Kind auf diesen Namen getauft war, schickte sich der Pater an, die Kirche zu verlassen. An der Kirchentür kehrte er aber plötzlich um, und in voller Besürzung sagte er: „O Jesus! Herr Coprater, jez hab ich vergoffen, das das Kind a Madel is, jez müssen mir's umtaufen.“ Auf die Bemerkung des Herrn Cooperators, das ginge nicht, verließ dann der Taufpater mit seiner Nicolina besürzt die Kirche.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. Januar. Witterung: trübe. Temperatur — 5° R. Wind: S.

An der Börse.

Weizen etwas niedriger, loco per 2125 Pfd. gelber adermärker 101 bis 104 $\frac{1}{2}$ bez., ungarischer 92—98 $\frac{1}{2}$ bez., 83—85 pfd. gelber Frühjahr 99 $\frac{1}{2}$, $\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$ bez.

Roggen behauptet, loco pr. 2000 Pfd. 74—76 $\frac{1}{2}$ bez., Januar 75 $\frac{1}{2}$ bez., Februar 75 $\frac{1}{2}$ bez., Frühjahr 75 $\frac{1}{2}$ bez. u. Ob., Mai Juni 76 bez.

Gerste loco per 1750 Pfd. pomm., schlesische und mährische 52—55 bez., Frühjahr 54 bez.

Hafers loco per 1300 Pfd. 36 $\frac{1}{2}$ —37 bez., 47—50 pfd. Frühjahr 37 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br.

Rübsöl stille, loco 9 $\frac{1}{2}$ bez., Januar 9 $\frac{1}{2}$ bez., 9 $\frac{1}{2}$ bez., März 9 $\frac{1}{2}$ bez., April-Mai 10 bez. u. Ob., Petroleum loco 7 bez., Januar 6 $\frac{1}{2}$ bez.

Spiritus etwas matter, loco ohne Faß 20 $\frac{1}{2}$ bez., Januar 20 bez., Februar 20 bez., März 20 $\frac{1}{2}$ bez., April 20 $\frac{1}{2}$ bez., Mai-Juni 20 $\frac{1}{2}$ bez., Juli-August 21 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br.

An gemeldet. 200 Ctr. Rübsöl, 20,000 Ort. Spiritus.

Regulirungs-Preise: Weizen —, Roggen 75 $\frac{1}{2}$, Rübsöl 9 $\frac{1}{2}$, Spiritus 20.

Hamburg, 9. Januar. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco ruhig aber fest. Weizen auf Termine animirt, pr. Januar 5400 Pfd. netto 178 Banthaler Br., 177 Gd., Januar-Februar 177 Br., 176 Gd., pr. Frühjahr 177 Br., 176 Gd. Roggen pr. Januar 5000 Pfd. Brutto 138 Br., 137 Gd., Januar-Februar 137 Br., 136 Gd., pr. Frühjahr 136 Br., 135 Gd. Hafers sehr ruhig, Mecklenburger 86. Rübsöl ohne Kauflust, loco 22 $\frac{1}{2}$, per Mai 23 $\frac{1}{2}$. Spiritus unbeachtet. Kaffee ruhig. Zink fest. Petroleum sehr stille. — Frostwetter.

Amsterdam, 9. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termine unverändert, pr. März 306 $\frac{1}{2}$, pr. Mai 309, sonst geschäftslos.

Stettin, den 10. Januar.

Ort	Waren	Preis	Ort	Waren	Preis
Hamburg	6 Tag.	151 $\frac{1}{2}$ bz	St. Bärenhaus-O.		4
"	2 Mt.		St. Schauspielh.-O.		5
Amsterdam	8 Tag.	143 $\frac{3}{4}$ G	Pom. Chaussee-O.		5
"	2 Mt.		Used. Woll. Kreis-O.		5
London	10 Tag.	6 25 $\frac{1}{4}$ G	Pr. National-V.-A.		4
"	3 Mt.		Pr. See-Assecurang.		4
Paris	10 Tag.	81 $\frac{1}{2}$ bz	Pomerania		4
"	2 Mt.		Union		4
Bremen	3 Mt.		St. Speicher-A.		5
St. Petersburg	3 Wch.	93 $\frac{1}{2}$ G	Ver.-Speicher-A.		5
Wien	8 Tag.		Pom. Prov.-Zuckers.		5
"	2 Mt.		N. St. Zuckerried.		4
Preuss. Bank	4	Lomb. 4 $\frac{1}{2}$ %	Mesch. Zuckerfabrik		4
Sta.-Anl. 5457	4 $\frac{1}{2}$		Bredower		4
"	5		Walzmühle		5
St.-Schldsch.	3 $\frac{1}{2}$		St. Portl.-Cementf.		4
P. Prim.-Anl.	3 $\frac{1}{2}$		St. Dampfschlepp G.		5
Pomm. Pfdbr.	3 $\frac{1}{2}$		St. Dampfschiff-V.		5
"	4		Neue Dampfer-C.		4
"	4		Germania		97 $\frac{1}{2}$ G
Rentenb.	4		Vulkan		85 G
Ritt. P.P.B.A.	4		St. Dampfmühle		4
Berl.-St. E. A.	4		Pommerensd. Ch. F.		4
"	4		Chem. Fabrik-Ant.		4
"	4 $\frac{1}{2}$		St. Kraftdänger-F.		—
Starg.-P. E. A.	4 $\frac{1}{2}$		Gemeinn. Bauges.		5
"	4				—
St. Stadt-O.	4 $\frac{1}{2}$	94 B			—